

FELIX JAITNER/KRUNOSLAV STOJAKOVIĆ

Südosteuropa und der EU-Erweiterungsprozess

Annäherungen an eine sozialistische Europastrategie

Mit Beginn des Ukrainekriegs hat die Europäische Kommission eine beschleunigte Erweiterung der Europäischen Union (EU) angekündigt und der Ukraine, Georgien, der Republik Moldau sowie den beiden Westbalkanstaaten Albanien und Bosnien und Herzegowina den Status von Beitrittskandidaten verliehen. Die geplante zweite Osterweiterung der EU überrascht, denn andere Westbalkanstaaten verharren seit 2005 im Kandidatenstatus, ohne dass sich relevante Fortschritte registrieren ließen. Die politische und gesellschaftliche Linke tut sich wiederum schwer damit, eine in die Zukunft gerichtete internationalistische Kritik an der EU zu formulieren. Es mangelt an einer sozialistischen Vision, die über die auch in linken Kreisen reproduzierte Romantisierung des sozialdemokratischen Nationalstaats der 1970er-Jahre hinausreicht. Dabei ist es für eine sozialistische Europastrategie essenziell, politische Bündnispartner aus der Region an der Ausarbeitung einer gemeinsamen Europapolitik zu beteiligen. Eine solche Perspektive kann wiederum nur durch eine geeinte europäische Linke formuliert werden.

1 Ein «geopolitisches Investment» – die neue Integrationsweise der EU

Als im November 2023 die Europäische Kommission ihr sogenanntes Enlargement Package vorstellte und Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien sowie den Westbalkanstaaten Albanien und Bosnien und Herzegowina empfahl, wurde dieser Schritt insbesondere mit geostrategischen Motiven begründet. Der Rat der Europäischen Union ließ schon im Dezember 2022 verlautbaren, dass die Erweiterung der EU «ein geostrategisches Investment in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Prosperität» sei (EP 2022: A9-0251/2022). Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde Ende 2023 mit den Worten zitiert, mit der potenziellen Aufnahme dieser Staaten sei die Union vollendet und diese habe eine «starke ökonomische und geopolitische Logik» (Europäische Kommission 2023).

In den sechs Kandidatenländern Südosteuropas ist die Union hingegen längst nicht mehr uneingeschränkt jener politische Sehnsuchtsort, der sie insbesondere in linksliberalen Milieus noch bis weit in die 2000er-Jahre hinein war. Während ungefähr bis zum Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 die Zugehörigkeit zur EU bei einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerungen und politischen Eliten als prioritär und zwingend erstrebenswert galt, erwecken die Debatten darum heutzutage beinahe schon den Eindruck eines unmoralischen Angebots, eines aufgrund geopolitischer Verschiebungen zwar als alternativlos dargestellten, aber eigentlich unerwünschten politischen Bekenntnisses. Das «Demokra-

tierversprechen» der Europäischen Union hat seine Bindekraft verloren, und zwar nicht, weil die Menschen in Ost- und Südosteuropa nicht an Demokratie interessiert oder gar undemokratisch eingestellt wären.

In der kritischen Europaforschung wird die EU inzwischen auch mit dem Begriff des Imperiums beschrieben. Dieser legt nahe, dass es sich bei der EU um eine spezifische Form handelt, nämlich um ein durch Nationalstaaten konstituiertes, aufgrund diverser Verträge aber «institutionell, rechtlich und politisch» supranational überformtes Imperium (Bieling 2013: 36 f.). Innerhalb ihrer eigenen Grenzen charakterisieren asymmetrische ökonomische Interdependenzen die EU. Gleichzeitig sieht sie sich neuen transnationalen und geopolitischen Herausforderungen («neue globale Geoökonomie») ausgesetzt, innerhalb derer eine Unterordnung unter die Interessen der USA erfolgt. Trotz unverkennbarer Demokratiedefizite sieht sich die EU immer noch als demokratiepolitischen Missionar, wovon Teile der Kopenhagener Kriterien (EU-Info o. J.) ebenso zeugen wie die viel bemühte These einer «wertebasierten» Außenpolitik. Doch spätestens seit der globalen Finanzkrise 2007 ff. lässt sich die Verschiebung ohnehin fragiler sozialpolitischer und demokratischer Ordnungsmechanismen zuungunsten breiter Bevölkerungsteile und peripherer europäischer Staaten nicht mehr verdecken. Dies wirft die Frage auf, ob für die Westbalkanstaaten eine EU-Mitgliedschaft überhaupt erstrebenswert ist oder ob durch einen solchen Schritt bestehende wirtschaftliche, soziale und politische Widersprüche an Intensität gewinnen.

2 Alternativloser EU-Beitritt?

Trotz des anhaltenden politischen und ökonomischen Bedeutungsverlusts der EU, begrüßt eine Bevölkerungsmehrheit in den meisten Kandidatenländern einen Beitritt zur Union. Laut einer Meinungsumfrage des International Republican Institute (IRI) aus dem Jahr 2024 unterstützen in Nord-Mazedonien (68%), Montenegro (79%), dem Kosovo (89%) und Albanien (92%) stabile Mehrheiten eine Mitgliedschaft (IRI 2024). In Bosnien und Herzegowina besteht eine markante Disparität zwischen den beiden Entitäten: In der muslimisch-kroatischen Föderation sind laut Umfragen (Juni 2025) 82,9 Prozent für einen Beitritt, in der Republika Srpska hingegen nur 46,1 Prozent (Sarajevo Times 2025). In Serbien unterstützen zwar 40 Prozent der Bürger*innen einen EU-Beitritt ihres Landes, allerdings sprechen sich auch 34 Prozent dagegen aus (IRI 2024). In dieser Skepsis verdichtet sich das angestaute Legitimitätsproblem der EU: die Diskrepanz zwischen der normativ aufgeladenen Kommunikation und der realpolitischen Unterstützung für antidemokratische und antisoziale Akteure wie beispielsweise das Regime um den autokratischen serbischen Staatspräsidenten Aleksandar Vučić.

2.1 Serbien

Als das bevölkerungsreichste Land und als größte Volkswirtschaft der Region ist Serbien ein Schlüsselakteur für eine stabile Entwicklung im Westbalkan. Bereits im März 2012 erhielt es den Status eines Beitrittskandidaten, doch ein erfolgreicher Abschluss der im Januar 2014 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen ist weiterhin nicht absehbar. Ein Grund dafür sind unter anderem die ungelösten territorialen Streitfragen mit dem Kosovo (siehe 2.5 Kosovo).

Die politischen Beziehungen zwischen Serbien und der EU sind nichtsdestotrotz stabil. Aleksandar Vučić, der erst als Ministerpräsident und seit 2017 als Präsident die Politik des Landes dominiert, verfolgt zwar im Innern einen nationalistisch-autoritären Kurs, versteht es jedoch außenpolitisch, gute Beziehungen zu allen Großmächten (EU, USA, China, Russland) zu unterhalten. Tatsächlich profitieren alle Seiten von Vučićs sogenannter multi-vektoraler Außenpolitik. Denn sie wertet einerseits Russland und China auf, während andererseits durch das Beschwören eines wachsenden russischen bzw. chinesischen Einflusses der EU Konzessionen abgerungen werden sollen. Diese wiederum nutzt diese Erzählung, um in der Region präsent zu sein – ohne sie wirklich zu integrieren.

Trotz «wertebasierter» Außenpolitik haben weder die EU noch die Bundesregierung die Einschränkungen der Medienfreiheit oder das repressive innenpolitische Klima, die in Serbien an der Tagesordnung sind, jemals ernsthaft kritisiert. Ein Grund dafür dürfte der im Sommer 2024 beschlossene Lithium-Deal sein (Stojaković 2025). Damit erhält die EU Zugriff auf die serbischen Lithiumvorräte, die für die Elektrifizierung der europäischen Automobilindustrie von großer Bedeutung sind und die die Abhängigkeit von China beim Bezug von seltenen Erden reduzieren sollen. Obwohl sich eine überwältigende Mehrheit der serbischen Bevölkerung gegen dieses Projekt stemmt, werden Vučić und sein Regime als Garanten für seine Umsetzung hofiert.

Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die serbische Regierung stößt sogar im Europäischen Parlament auf Kritik. In einer Debatte zur EU-Außenpolitik im April 2024 äußerte das Europäische Parlament sein Bedauern über das «Appeasement der Kommission gegenüber Serbien trotz der seit einem Jahr in dem Land zu beobachtenden Rückschritte in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte» (EP 2024). Es ließen sich weitere Beispiele instrumenteller EU-Politik gegenüber Serbien anführen, allesamt stärken sie im Ergebnis aber ein nationalistisches Narrativ im Land selbst.

2.2 Bosnien und Herzegowina

Im Zuge der Auflösung Jugoslawiens durchlebten die Menschen in Bosnien und Herzegowina einen brutalen Bürgerkrieg, der 1995 mit dem Friedensvertrag von Dayton mehr schlecht als recht sein Ende fand. Das Abkommen etablierte eine ethno-föderale Struktur bestehend aus zwei Teilrepubliken und einem Sonderverwaltungsgebiet: Zum bosnisch-kroatischen Teil (Föderation Bosnien und Herzegowina) und der serbischen Republika Srpska gesellt sich der Distrikt Brčko im Nordosten des Landes. Die Folge sind wiederkehrende innenpolitische Blockaden, die die gesamte Region destabilisieren. Die politische Elite des serbischen Teils nutzt die fragile Lage des Staates aus, um die eigene Position durch eine mögliche Abspaltung vom Gesamtstaat zu stärken. Analog pocht die kroatische Seite immer wieder auf die Bildung einer eigenen Teilrepublik.

Das Abkommen schuf zudem eine Form neokolonialer Fremdherrschaft. Der von den Garantiemächten USA, Deutschland, Frankreich und Russland zu ernennende «Hohe Repräsentant» (aktuell der deutsche CSU-Politiker Christian Schmidt, der jedoch ohne die Stimme Russlands ernannt worden ist) besitzt weitreichende Kompetenzen, die als «Bonner Vollmachten» bezeichnet werden (OHR 2012). Die Notwendigkeit der Existenz eines Hohen Repräsentanten begründen die Garantiemächte mit den Spannungen unter den Volksgruppen und der daraus resultierenden Blockadehaltung.

Bonner Vollmachten: Die Bonner Vollmachten gehen auf eine internationale Konferenz in Bonn im Jahr 1997 zurück. Sie geben dem «Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina» weitreichende Kompetenzen an die Hand, um in innenpolitische Belange des Staates einzugreifen, sofern seiner Einschätzung nach Verstöße gegen den Friedensvertrag von Dayton vorliegen. Dazu gehören u. a. das Einbringen und die Annullierung von Gesetzen oder die Absetzung von Politiker*innen.

Blickrichtung Westen
Steckbriefe der EU-Kandidatenländer Südosteuropas



Quelle: www.europaimunterricht.de

Im Dezember 2022 erhielt Bosnien und Herzegowina offiziell den EU-Beitrittskandidatenstatus, obwohl das Land bis dahin bei der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien keine nennenswerten Fortschritte erzielt hatte und qua Verfassung ein ethnonationaler Staat ist, der allen Bevölkerungsgruppen, die nicht zu den drei konstituierenden Völkern gehören, in weiten Teilen die politische Partizipation verweigert (Auswärtiges Amt 2024). Unter diesen Bedingungen bleibt die innenpolitische Krise eine Konstante. Im März 2025 erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehle gegen den Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, und zwei weitere Spitzenpolitiker wegen ihrer Angriffe auf die verfassungsmäßige Ordnung des Landes. Dodik floh daraufhin nach Moskau und konnte nach seiner Rückkehr einer Verhaftung vorerst entgehen. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft das Urteil zu einjähriger Haft gegen Dodik offiziell bestätigt, dennoch nahm er am 3. August 2025 an der Seite des serbischen Präsidenten an einer offiziellen Gedenkveranstaltung in Serbien teil.

Angesichts des ökonomischen Niedergangs und der schwachen staatlichen Strukturen bergen die innenpolitischen Konflikte ein schwer kalkulierbares Risiko. Bosnien und Herzegowina ist dasjenige Land im Westbalkan, in dem sich die neuen geopolitischen Konfliktlinien am deutlichsten manifestieren. So drohte der russische Botschafter Igor Kalabuchow im März 2022 der bosnischen Regierung im Falle eines NATO-Beitritts unverhohlen mit einem Szenario wie in der Ukraine (Odošević 2022).

2.3 Albanien

In den 1990er- und 2000er-Jahren galt Albanien als gescheiterter Staat (*failed state*), in dem zentrale Funktionen wie Gesundheitsversorgung oder das staatliche Gewaltmonopol nur noch eingeschränkt gewährleistet werden konnten. Umso bemerkenswerter erscheint vor diesem Hintergrund die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen im Juli 2022. Die Konsolidierung staatlicher Herrschaft steht in engem Zusammenhang mit der Ausrichtung Albaniens unter

Ministerpräsident Edi Rama (seit 2013 im Amt), aus Albanien einen neoliberalen Musterstaat zu machen, der unter anderem Konzernen aus der EU billige Dienstleistungen bereitstellt. Garant dieses Modells ist die Sozialistische Partei des Ministerpräsidenten, die Deregulierung und Angriffe auf den Sozialstaat vorantreibt. Lokale Vertreter*innen der Partei haben wiederholt Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter*innen und politische Aktivist*innen eingesetzt, um politischen Widerstand in Betrieben und der Gesellschaft zu bekämpfen.

Die weitreichende Deregulierungspolitik beschränkt sich längst nicht mehr auf die Wirtschaft, sondern ist auch in der Asyl- und Migrationspolitik sowie der Justiz gängige Praxis. So erklärte sich die Regierung Rama nach dem Wahlsieg Giorgia Melonis zu einer weitreichenden Kooperation mit der postfaschistischen Ministerpräsidentin Italiens bereit. Unter dem Stichwort «Albanien-Modell» plante die italienische Regierung, exterritoriale Lager in Albanien zu betreiben, in denen Beamt*innen im Schnellverfahren über die Asylanträge von Geflüchteten entscheiden, bevor sie italienischen Boden betreten. Auf Probleme in den Bereichen der Rechtsstaatlichkeit und mit organisierter Kriminalität weist auch das Europäische Parlament hin (EP 2024).

2.4 Montenegro und Nord-Mazedonien

Sowohl für Montenegro als auch für Nord-Mazedonien ist der Kandidatenstatus längst zu einem Dauerzustand geworden. Montenegro ist seit Dezember 2010 Beitrittskandidat, zwei Jahre später billigte der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Nord-Mazedonien erhielt den Status eines Beitrittskandidaten sogar schon 2005. Erst vier Jahre später empfahl die Kommission den Beginn von Beitrittsverhandlungen, machte diese aber von Fortschritten bei Reformen abhängig. Nachdem eine politische Einigung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im März 2020 erzielt worden war, verzögerte sich ihr Beginn aufgrund eines Vetos Bulgariens und der Niederlande erneut bis Juli 2022. Inzwischen sind beide Länder den längsten Teil ihrer Unabhängigkeit EU-Beitrittskandidaten. Obwohl eine reale Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der Union insbesondere im Fall von Nord-Mazedonien nicht absehbar ist, gilt der Beitritt als alternativlos.

Das Gleiche gilt für Montenegro, das sogar die traditionell guten Beziehungen zu Russland und Serbien aufs Spiel setzte, um 2017 der NATO beizutreten. Das knapp 600.000 Einwohner*innen zählende, den Euro als offizielles Zahlungsmittel nutzende Montenegro ist das einzige Land des Westbalkans, das unserer Einschätzung nach in absehbarer Zeit eine reale Beitrittsperspektive hat. Dies liegt jedoch nicht an dem Reformeifer, den das Land im Sinne der EU-Kommission an den Tag legt, sondern an seiner politischen Bedeutungslosigkeit. Eine Integration Montenegros könnte öffentlichkeitswirksam als Beweis der Erweiterungsfähigkeit dargestellt werden, ohne dabei in die fragile Tektonik der EU entscheidend eingreifen zu müssen.

2.5 Kosovo

Als einziges Land der Region hat das Kosovo keinen EU-Beitrittskandidatenstatus, obwohl es im Dezember 2022 einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Die vormalig zu Serbien gehörende Provinz hatte sich infolge des NATO-Angriffs auf Jugoslawien 1999 im Jahr 2008 für unabhängig erklärt. Zwar gilt der Konflikt – nicht zuletzt aufgrund der militärischen Präsenz der NATO – als eingefroren. Eine Friedenslösung ist jedoch nicht in Sicht, denn die serbische Regierung erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo bis heute nicht an. Wie schnell der Konflikt wieder aufflammen könnte, verdeutlichten die Ereignisse vom Mai und Juni 2023. Als die Ernennung albanischer Bürgermeister im mehrheitlich von Serb*innen bewohnten Nordkosovo schwere Unruhen auslöste, ließ der serbische Präsident Aleksandar Vučić die Armee seines Landes in Bereitschaft versetzen. Insbesondere seit der Regierungsübernahme durch den eigenwilligen und USA-kritischen Premier Albin Kurti werden gezielte Provokationen und Übergriffe auf die serbische Bevölkerung im Nordkosovo auch von kosovarischen Akteuren durchgeführt, sodass dieser weiterhin ungelöste Territorialkonflikt in beiden Ländern auch zu innenpolitischen Zwecken instrumentalisiert wird. Eine rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erscheint jedoch nicht nur aufgrund dieser ungelösten Streitfragen mit dem Nachbarland Serbien als unwahrscheinlich. Die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo wird auch von den fünf EU-Mitgliedstaaten Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern bis heute nicht anerkannt.

3 Sozialistische Perspektiven

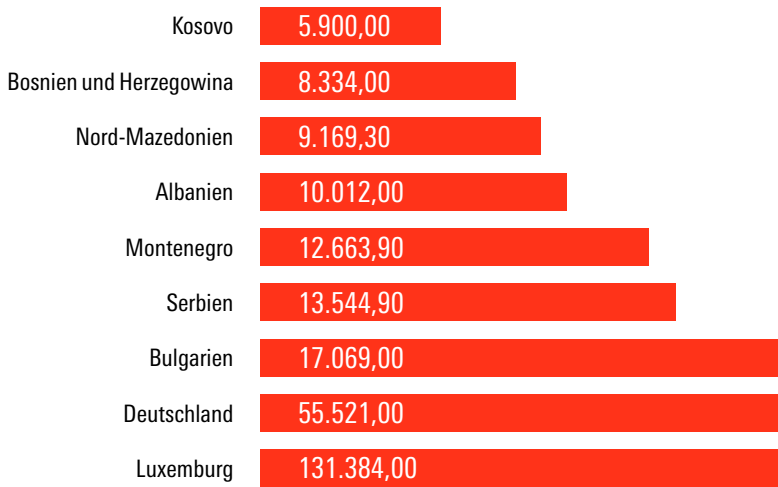
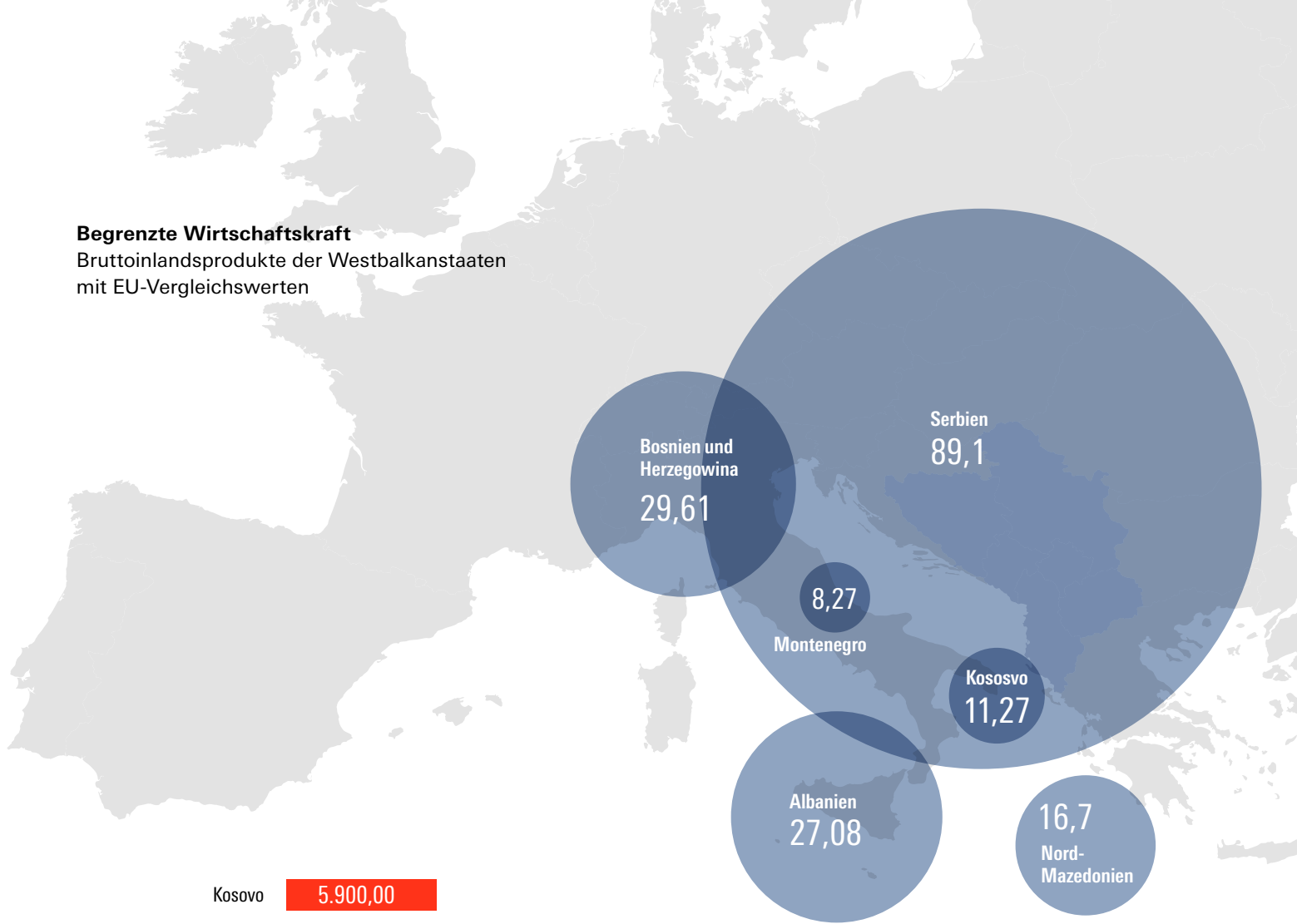
Die Position der Partei Die Linke und des größten Teils der gesellschaftlichen Linken zur EU hat sich in den letzten Jahren zu einem kritischen Ja gewandelt. In diesem Sinne hieß es im Programm der Linkspartei zu den Europawahlen 2024: «Daher stellen wir uns als demokratische Sozialist*innen sowohl gegen die Befürworter*innen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische Konzept eines ›Europas der Vaterländer‹» (Die Linke 2024: 8). Aus diesem internationalistischen Bekenntnis heraus ist es folgerichtig, die Bevölkerungen der Westbalkanstaaten darin zu unterstützen, der EU beizutreten.

Pro und Contra EU-Beitritt

Die politischen Kräfteverhältnisse in den neuen Mitgliedstaaten würden zumindest in einer ersten Phase vor allem den konservativen und rechtsautoritären Block innerhalb des Europäischen Parlaments stärken. Somit droht ein Szenario, in dem die desintegrativen Kräfte durch die Erweiterung weiteren Zulauf erhalten. Die sozialistische Linke ist mit dem Problem der rechtsautoritären Wende jedoch unabhängig von dieser neuen Konstellation konfrontiert, insofern wäre dies ein relativ schwaches Argument gegen einen Beitritt.

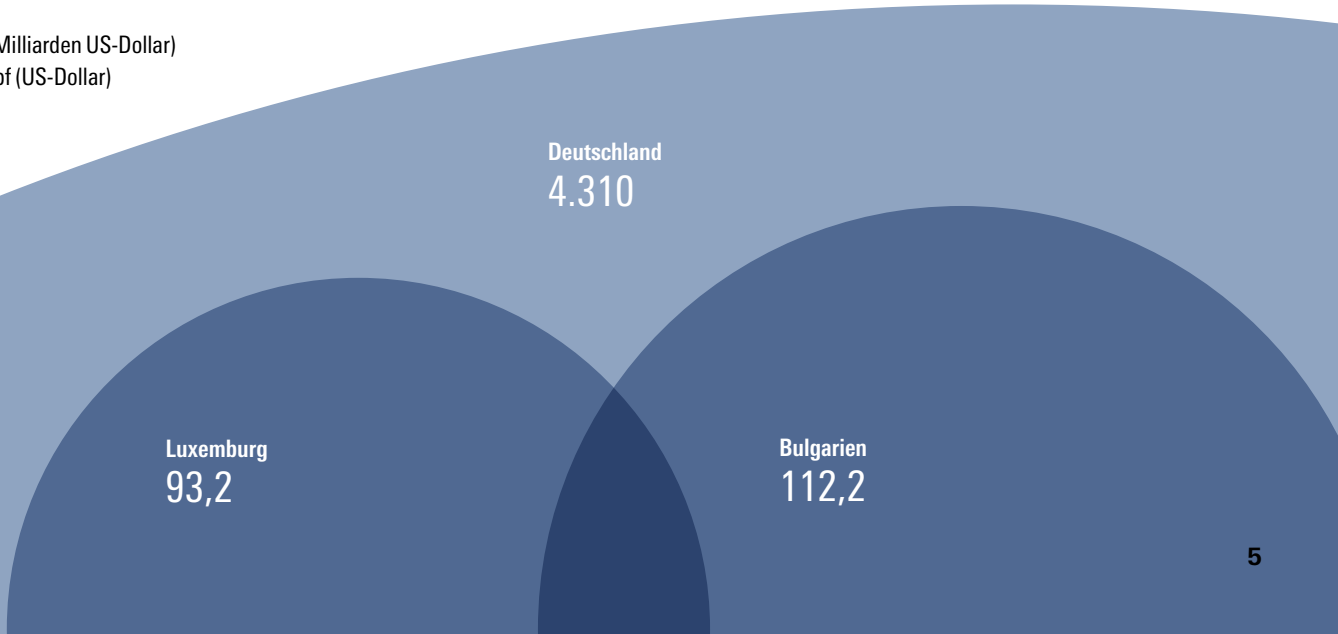
Begrenzte Wirtschaftskraft

Bruttoinlandsprodukte der Westbalkanstaaten mit EU-Vergleichswerten



Quelle: www.statista.com

● BIP 2024 (Milliarden US-Dollar)
 ■ BIP pro Kopf (US-Dollar)



Ebenso verhält es sich in Bezug auf die möglichen sozio-ökonomischen Folgen. Die Kandidatenländer haben ihre Ökonomien und Sozialsysteme längst entsprechend den neoliberalen Brüsseler Vorgaben reformiert und geschleift. Auch die Arbeitsgesetzgebung ist in weiten Teilen angepasst und liberalisiert worden. Die Aufnahme der Westbalkanstaaten könnte jedoch – wie bereits bei der ersten Osterweiterung – den Druck auf die übrigen Mitgliedstaaten erhöhen, ihrerseits den Abbau von Sozialsystemen zu forcieren. Andererseits befindet sich ebendiese Tendenz hin zu einem neoliberalen Autoritarismus auch unabhängig von möglichen Beitritten in der politischen Offensive.

Ein schwerwiegenderes Argument gegen einen Beitritt wäre aus unserer Perspektive die beschleunigte Entvölkerung Südosteuropas. Zwar können die Menschen des Westbalkans zumeist schon jetzt relativ problemlos ausreisen, auch werden qualifizierte Arbeitskräfte gezielt abgeworben, um Engpässe zum Beispiel im maroden deutschen Gesundheitssystem zu überbrücken. Doch die Perspektive einer allgemeinen Freizügigkeit könnte zu einer weiteren Verschärfung dieser hoch problematischen Entwicklung führen (Vereinte Nationen 2024: 55 f.).

Es gibt jedoch auch eine Reihe von Gründen, die für einen Beitritt der Westbalkanstaaten zur EU sprechen. Zwar richten diese ihre Wirtschafts-, Sozial- und Migrationspolitik aufgrund der bestehenden Assoziierungsabkommen bereits heute weitgehend nach den Vorgaben der EU aus. Allerdings haben sie keine direkten Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungsfindungsprozesse in der Union. Im Fall eines EU-Beitritts könnten sie ihre Interessen unmittelbar in Verhandlungen geltend machen.

Durch einen Beitritt könnten die Kandidatenländer zudem auch von diversen Fördertöpfen der EU profitieren. In den Westbalkanstaaten beschränkt sich die Infrastrukturpolitik hauptsächlich auf die wirtschaftlich prosperierenden städtischen Ballungszentren. Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds könnten in begrenztem Umfang eine Entwicklung peripherer Regionen ermöglichen.

Eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Westbalkanstaaten hängt jedoch nicht nur von der Lage in den jeweiligen Ländern, sondern auch vom Zustand der EU ab. Die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsniveaus der Westbalkanstaaten und der EU machen gezielte Umverteilungsprogramme erforderlich, die bereits während des Beitrittsprozesses einsetzen sollten. Denn Programme wie der EU-Wachstumsplan, der für den Zeitraum von 2024 bis 2027 Investitionen in Höhe von sechs Milliarden Euro vorsieht, sind angesichts der Entwicklungsunterschiede nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal der Erhalt der Gelder an eine neoliberale Reformagenda der EU-Kommission geknüpft ist.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das kommende Jahrzehnt folgendes Szenario: Die Westbalkanstaaten werden die Kopenhagener Kriterien voraussichtlich nicht erfüllen. Genauso unwahrscheinlich ist es, dass die EU durch eine Umverteilungspolitik die Entwicklungsunterschiede gezielt reduziert. Damit wird die Beitrittsperspektive zunehmend zum geopolitischen Machtmittel, um die West-

balkanstaaten langfristig an die EU zu binden – freilich ohne einen konkreten Zeitplan.

Um einen Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Perspektive für Europa – und damit ebenso auch für den Westbalkan – zu leisten, ist es unerlässlich, relevante und kooperationswillige Akteure aus Südosteuropa an den Debatten der europäischen Linken zu beteiligen und in die bestehenden Organisationszusammenhänge zu integrieren.

- Einbindung relevanter und kooperationswilliger sozialistischer Akteure aus der Region in gesamteuropäische linke Strukturen;
- Förderung der Kooperation zwischen den sozialistischen und linksökologischen Akteuren des Westbalkans;
- Aufbau eines strukturierten parteiinternen Bildungsprogramms innerhalb der Partei Die Linke mit dem Ziel, die Kompetenzen in Fragen internationaler Politik gezielt zu fördern;
- Stärkung institutioneller Strukturen, die sich mit internationaler Politik beschäftigen, um die Kommunikationswege und den kontinuierlichen Austausch mit internationalen linken politischen Akteuren zu gewährleisten;
- Eintreten der im Europäischen Parlament vertretenen sozialistischen und linksökologischen Parteien und Abgeordneten für die gemeinsamen Belange des Westbalkans sowie Etablierung nachhaltiger Arbeitsstrukturen, die den Fokus auf den Westbalkan und die Frage der Erweiterungsperspektive legen;
- Entwicklung einer politischen und ökonomischen Perspektive für Südosteuropa.

Literatur

Auswärtiges Amt (2024): Bosnien und Herzegowina: Politisches Porträt, 1.10.2024, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/bosnienundherzegowina-node/politisches-portraet-207724>

Bieling, Hans-Jürgen (2013): Die krisenkonstitutionalistische Transformation des EU-Imperiums: zwischen autoritärer Neugründung und innerem Zerfall, in: ders.: Neugründung Europas als passive Revolution, Hamburg, S. 34–46.

Die Linke (2024): Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden. Programm zur Europawahl 2024, <https://www.die-linke.de/europawahl/wahlprogramm-zur-europawahl/>

EU-Info (o. J.): Die Kopenhagener Beitrittskriterien, <https://www.eu-info.de/europa/EU-Erweiterung/kopenhagen-beitrittskriterien>

Europäische Kommission (2023): Statement by President von der Leyen on the 2023 Enlargement Package and the new Growth Plan for the Western Balkans, https://enlargement.ec.europa.eu/news/statement-president-von-der-leyen-2023-enlargement-package-and-new-growth-plan-western-balkans-2023-11-08_en?utm_source=chatgpt.com

EP – Europäisches Parlament (2022): New EU Strategy for Enlargement (Debate), https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-11-22-ITM-023_EN.html?utm_source=chatgpt.com

EP – European Parliament (2022): Report on a European Parliament Recommendation to the Council, the Commission and the Vice-President of the Commission/ High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy Concerning the New EU Strategy for Enlargement“, 17 October 2022, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0251_EN.html (last accessed 26 November 2025).

Bitte prüfen und Übersetzen?

EP – Europäisches Parlament (2024): Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2024, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0057_DE.html

IRI – International Republican Institute (2024): Western Balkans Regional Poll, <https://www.iri.org/resources/western-balkans-regional-poll-february-march-2024-full/>.

Odobašić, Mirad (2022): Russischer Botschafter in Sarajevo droht Bosnien im Falle eines NATO-Beitritts, <https://kurier.at/mehr-platz/russischer-botschafter-in-sarajevo-droht-bosnien-im-falle-eines-nato-beitritts/401941825>

OHR – Office of the High Representative (2012): OHR Introduction, 16.2.2012, https://web.archive.org/web/20150908163222/http://www.ohr.int/ohr-info/gen-info/default.asp?content_id=38519

Sarajevo Times (2025): Over 70% of Citizens Support Bosnia and Herzegovina’s Accession to the EU, https://sarajevotimes.com/over-70-of-citizens-support-bosnia-and-herzegovinas-accession-to-the-eu/?utm_source=chatgpt.com

Stojaković, Krunoslav (2025): Das weiße Gold vom Jadar-Tal, nd, 11.2.2025, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1188960.serbien-das-weisse-gold-vom-jadar-tal.html>

Vereinte Nationen (2024): World Population Prospects 2024. Summary of Results, New York.

Felix Jaitner ist Senior Researcher am Institute for Global Reconstitution (IGRec) in Berlin. Er arbeitet zu Fragen der politischen Ökologie und des Extraktivismus, zu politischer Ökonomie sowie zu Friedens- und Konfliktforschung.

Krunoslav Stojaković ist Referent für West-, Südost- und Mittelosteuropa im Europareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM POLICY BRIEF 04_2025 wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

V. i. S. d. P.: Henning Heine · Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de · ISSN (Print) 2944-4144, ISSN (Online) 2944-4152
Redaktionsschluss: September 2025 · Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin · Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

